

Fragen #bbb zu Frieden und Abrüstung am 7.Aug. 2021

Frage zum Atomwaffenverbotsvertrag

51 Staaten haben den Atomwaffenverbotsvertrag bereits unterzeichnet. Alle Atommächte und Deutschland aber nicht. Was werden sie tun, dass sich Deutschland den 51 Unterzeichnerstaaten anschließt?

Hintergrundwissen: 2017 hatten in der UN-Generalversammlung 122 der 193 Mitgliedsstaaten einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen unterzeichnet. Heute, fast vier Jahre später, tritt er in Kraft, weil 51 Staaten diesen Vertrag ratifizierten. Im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel sind US-Atomwaffen stationiert.

Frage zu Rüstungsexporte

Da immer wieder deutsche Rüstungsgüter auch in Spannungsgebiete verkauft werden, fragen wir sie, was werden sie tun, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten?

Hintergrundwissen: Die Bundesregierung hat im Jahr 2020 Rüstungsexporte für mehr als eine Milliarde Euro an Länder genehmigt, die in die Konflikte im Jemen oder in Libyen verwickelt sind. Alleine für Ägypten wurden bis zum 17. Dezember Ausfuhren von Waffen und militärischer Ausrüstung im Wert von 752 Millionen Euro erlaubt. Das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour hervor. Auch nach Katar (305,1 Millionen Euro), in die Vereinigten Arabischen Emirate (51,3 Millionen Euro), nach Kuwait (23,4 Millionen Euro) und in die Türkei (22,9 Millionen Euro) dürfen in größerem Umfang Rüstungsgüter geliefert werden. Außerdem wurden Genehmigungen für Jordanien (1,7 Millionen Euro) und Bahrain (1,5 Millionen Euro) erteilt. Unter dem Strich summiert sich das alles auf 1,16 Milliarden Euro.

Frage zum Militärhaushalt

Der deutsche Militärhaushalt soll nach Beschlüssen der derzeitigen Regierung enorm steigen. Nach Erkenntnissen des schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI sogar prozentual stärker als alle anderen westlichen Staaten. Wie sehen sie diese Entwicklung und halten sie diese Ausgabensteigerung für berechtigt?

Hintergrundwissen: Deutschland hat sich in Verträgen mit der NATO dazu verpflichtet 2% des BIP für Militärausgaben aufzuwenden. Festgeschrieben wurde das Zwei-Prozent-Ziel noch einmal 2014 beim **NATO-Gipfel in Wales**.

Frage zu Militäreinsätzen weltweit

Deutsches Militär ist weltweit auch im Kampfeinsatz. Woran machen sie ihre Zustimmung zu Auslandseinsätzen abhängig?

Hintergrundwissen: Bis zur Wiedervereinigung beschränkte sich der Auftrag der Streitkräfte auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Am 2. Juli 1994 wurde dann entschieden, dass Auslandseinsätze außerhalb des Bündnisgebietes der NATO (Out-of-area-Einsätze) verfassungskonform seien – wenn der Bundestag (Parlamentsvorbehalt) vorher zustimmt. 13 Auslandseinsätze bestreitet die Bundeswehr derzeit. Von Afghanistan (Einsatz soll beendet werden) bis Westsahara sind dafür fast 3.500 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Nach Angaben der Bundeswehr sind seit 1992 in Auslandseinsätzen 108 Soldatinnen und Soldaten ums Leben gekommen. Bis Ende 2015 sind für Auslandseinsätze etwa 19 Milliarden Euro an einsatzbedingten Zusatzausgaben angefallen.